

Kein Unrecht ewig!

Von Elke und Dr. Gundolf Fuchs

Erst jetzt wurde uns eine Meldung der *Märkischen Zeitung* von April 2003 zugesandt, die die Überschrift trägt „EU bestätigt deutschen Eigentums-Fortbestand – Bemerkenswerte Aussagen im ORB“ (Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg).

Die Zusendung erfolgte wahrscheinlich, weil ein anderes, mit ungeheurem Betrug durchgesetztes Enteignungsunrecht wissenschaftlich unter die Lupe genommen und als hochgradig verlogen erkannt wurde. Es handelt sich um den sogenannten Restitutionsausschluß, der auf der Behauptung beruhte, Vorbedingung für den Abschluß des sogenannten 2- plus 4-Vertrags sei es gewesen, daß die Enteignungen zwischen 1945 bis 1949 nicht wieder rückgängig gemacht werden dürften.

Im vorliegenden Fall geht es aber um das Eigentumsrecht in den geraubten deutschen Ostgebieten. Da der Raub mit brutaler Gewalt verübt wurde und durch den Kalten Krieg Jahrzehnte aufrechterhalten werden konnte, hatte die Frage nach den Eigentumsverhältnissen in Ostdeutschland für viele nur theoretischen Charakter. Letztere Einstellung wurde noch dadurch begünstigt, daß die Umerziehung immer mehr Wirkung zeigte, so daß die Forderung nach Rückgabe des Eigentums schon vielfach als „Revanchismus“ angeprangert wurde.

Die Einstellung war aber falsch, denn mit der Osterweiterung des Superstaates EU, ändert sich das Bild, wie die erwähnte Meldung der *Märkischen Zeitung* zeigt. Sie lautet:

„Einen äußerst bemerkenswerten Beitrag strahlte der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) in seiner Sendung ‚Aktuell um 6‘ vom 7. März aus. Darin berichtete die polnische Journalistin Alexandra Grabowski von einem schweren Problem, das sich für tausende polnischer Bauern im Zusammenhang mit dem im nächsten Jahr erfolgenden EU-Beitritt Polens abzeichne.

Bauern wie Gerard Brasszyk aus Alt Popelau (Popiolowo) in der Wojewodschaft erfuhren von Brüssel, daß für eine Auszahlung direkter Fördermittel die Eintragung des Grundbesitzes nachgewiesen werden muß. Die Beamten der Europäischen Union kündigten an, daß sie entsprechende Überprüfungen vornehmen würden. Der genannte polnische Bauer gestand nun ein, daß er wie auch viele andere nichts

getan hätten, um eine entsprechende Grundbucheintragung vornehmen zu lassen.

Justyna Marturkiewicz, zuständige Sachbearbeiterin des Amtes für Landwirtschaft in der Wojewoschaft, erklärte hierzu auf Befragung: „Da die meisten Eigentümer laut Grundbucheintragung in Deutschland leben, würde es in diesem Fall notwendig sein, daß man sie nach Polen holt, damit sie hier vor Notaren eine Eigentumsübertragung zu Gunsten der jetzigen Besitzer tätigen. Wenn die Eigentümer dazu nicht bereit sind, wird es eine Menge Ärger geben, dann wird das gute Geld aus Brüssel wohl derjenige bekommen, der derzeit im Grundbuch steht, sich aber um seine Felder schon seit Jahrzehnten nicht gekümmert hat.“

Wir möchten dieser Aussage den kommentierenden Satz hinzufügen, daß die Europäische Union offenbar keinerlei Zweifel daran hegt, daß die einstigen Besitzer von Grund und Boden in den deutschen Ostgebieten (die Heimatvertriebenen) nach wie vor einen Rechtsanspruch auf ihr Eigentum besitzen.“

Zu den Ausführungen sind noch einige Anmerkungen zu machen. Der Satz: „Der genannte polnische Bauer gestand nun ein, daß er wie auch viele andere nichts getan hätten, um eine entsprechende Grundbucheintragung vornehmen zu lassen,“ klingt ja so, als ob bei ihm ein schuldhaftes Versäumnis vorliege. Ist das die Rechtsauffassung des polnischen Staates, daß polnische Bauern für das ihnen zugewiesenen deutsche Eigentum Grundbuchänderungen zum eigenen Vorteil vornehmen dürfen. Wenn nicht, dann ist es unsinnig von einem Eingestehen einer Unterlassung zu sprechen.

Bezeichnend ist auch die Wortwahl, daß die „Eigentümer laut Grundbucheintrag in Deutschland leben“, statt zu sagen, daß es Deutsche sind. Die sich daran anschließenden Willensbekundungen sind ja ein Gipfel der Dreistigkeit.

Als der Staat der Abtrennung der deutschen Ostgebiete entgegen dem Völkerrecht zustimmte und der Bevölkerung erzählte, man könne auf nichts verzichten, das man gar nicht mehr besitzt, und damit den Verrat erklärlich machen wollten, antworteten volks- und rechtsbewußte Deutsche mit einer gleichnishaften Frage: „Würden Sie jemandem, der Ihr Auto gestohlen hat, auch noch die Papiere, den Fahrzeugbrief und -schein hinterhertragen?“

Daran wird man bei der Zumutung erinnert, daß sich Deutsche nach Polen beordern lassen sollen, um durch eigene Willensbekundung vor einem Notar ein Eigentumsrecht an Mitglieder des raubenden Staates zu übergeben.

Und dann wird noch der ungerechtfertigte Vorwurf erhoben, daß sich die zum Teil unter unmenschlichsten Umständen Vertriebenen „schon seit Jahrzehnten“ nicht mehr um ihre Felder „gekümmert“ haben.

Ob es wirklich so völlig geistig-seelisch umgekrempelte Bundesbürger gibt, die auf so blutigen Hohn „in sich gehen“ und sich im Unrecht fühlen und daher die unverschämten Forderungen erfüllen?!

Für den selbst- und rechtsbewußten deutschen Vertriebenen bietet sich hier eine Hilfe, sein Recht wiederzuerlangen, denn wenn für die EU die Grundbucheintragungen maßgebend sind, dann besteht hier noch der Rechtsschutz. Deutsche Eigentümer dürfen wegen dieser günstigen Lage aber nicht glauben, daß es ein Selbstgänger sei, daß ihre Rechte dadurch automatisch gesichert sind. Wenn die Eigentümer sich nicht aufrufen und nicht immer wieder ihr Recht fordern, dann könnten die jetzt noch international anerkannten Eigentumsrechte unter dem Schlagwort von der „normativen Kraft des Faktischen“ verlorengehen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß Eigentümer testamentarisch ihre Eigentumsansprüche auf ihre Erben übertragen. Sonst wird der polnische Staat auf eine biologische Lösung spekulieren, wonach das Eigentum versterbender Eigentümer an den Staat fällt. Ob ein Testament gegen solche Staatsvereinnahmung hilft, kann nicht sicher vorausgesagt werden, aber ohne testamentarische Festlegung kann das Unrecht viel leichter begangen werden.

Werden die Rechte nicht immer wieder geltend gemacht, dann werden die deutschen Globalisierungsvertreter in der Politik und in den Medien schon eine öffentliche Stimmung erzeugen, die das Beharren auf einem Rechtsanspruch als anachronistische Denkart hinstellt, die ein friedliches Zusammenleben stört.

Dieser Hinweis kann angesichts der Aufdeckung eines ungeheuren Lug- und Trug-Manövers bezüglich der Behauptung vom zwingenden Restitutionsausschluß (s. o.) nicht als fahrlässige Verdächtigung bezeichnet werden. Außerdem ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage des polnischen Ministerpräsidenten Miller zu beachten. Laut Rundfunkmeldung sagte er, Polen werde nichts unterschreiben, was Polens Stellung in der EU schwächt, auch um des lieben Friedens willen nicht. Natürlich sollte jeder Politiker zuerst an die Belange seines Volkes denken, aber im Zusammenleben der Völker und vor allem, wenn ein enger Zusammenschluß angestrebt wird, darf nicht ein Mitglied der Gemeinschaft nur seine Belange durchsetzen wollen, sondern muß für eine Einigung auch berechnigte Belange anderer Völker anerkennen, das heißt aber, daß man zu gewissen

Zugeständnissen bereit sein muß. Sind diese vor dem eigenen Volk nicht verantwortbar, so fehlt dem Zusammenschluß eben die notwendige Grundlage und man sollte ihn unterlassen. Da aber insbesondere die deutsche Seite den Auftrag von den Hintergrundmächten hat, die Globalisierung um jeden Preis voranzutreiben, können die anderen Staaten – auch kleinere wie Polen – auftrumpfen und unangemessene Forderungen stellen. Es wurden ja schon Übergangsfristen festgelegt, innerhalb derer die Freizügigkeit und die Möglichkeit zu Grunderwerb für Deutsche in Polen ausgesetzt sind. Dabei war die „Freizügigkeit“ doch eines der ganz großen Werbemittel für die Errichtung eines Superstaates.

Angesichts dieser Lage sollte sich jeder Bürger aufgefordert fühlen, sich unabhängig von möglichem eigenen Vorteil für das Recht einzusetzen. Nur dann kann der deutsche Ausverkauf, der im Namen der „Schuldtilgung“ und der „Verpflichtung zu großzügiger Hilfe für alles Fremde“ kräftig betrieben wird, noch aufgehalten werden.